

II-5467 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2722 IJ

1988 -09- 2 9

A N F R A G E

der Abg. Dr. FRISCHENSCHLAGER, EIGRUBER  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Tauern-Tunnel

Die Bevölkerung der Gemeinde Flachau hat Angst, daß durch die beabsichtigte Realisierung des zweiten Tauern-Tunnels die Lebensqualität in ihrem Gebiet durch vermehrten Lärm und größere Verschmutzung stark reduziert wird. Sie stellt daher für den Fall des Baus des zweiten Tunnels folgende Forderungen:

1. Lückenloser Lärmschutz ohne Rücksicht auf die sogenannten Dienstarweisungen;
2. a) Entsprechende bzw. geeignete Bepflanzungen entlang der gesamten Tauernautobahn und an den Tunnelentlüftungen;  
b) Kanalisierung und Klärung der Oberflächenwässer;
3. Ermittlung des Ist-Zustandes von Wald, Luft, Wasser und Gesundheit und Errichtung eines dauernden Emissions- und Immissionsmeßstellennetzes;
4. Filterung der Tunnelabluft insbesondere auch für Schwermetalle;
5. Eine für die Umwelt optimale Stauregelung;
6. Einführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen: PKW Tempo 100, LKW Tempo 80 (einschließlich Überwachung und Exekution);
7. Verkehrslenkende Maßnahmen zur Vermeidung von Spitzenbelastungen;
8. LKW-Transit:
  - a) Verlagerung auf die Schiene, besonders aller Transporte gefährlicher Güter;
  - b) Tonnagebeschränkung nach dem Schweizer Vorbild;
  - c) Nachtfahrverbot
9. Mauterhöhung insbesondere für LKW und Wohnwagengespanne;
10. Werbeverbot für die TAAG.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die

## A n f r a g e :

1. Sind Ihnen diese Forderungen der überparteilichen Initiative Flachau bekannt?
2. Wie stehen zurzeit die Aussichten auf Bau des zweiten Tauern-Tunnels?
3. Werden Sie im Falle eines Baus desselben die Forderungen der überparteilichen Initiative Flachau berücksichtigen?
4. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu den einzelnen Forderungen?
5. Sind Sie bereit, sich an Ort und Stelle der vom Bau betroffenen Bevölkerung zu einer Diskussion zu stellen?